



BM Fekter beim Blaulichtgipfel in Graz Umgebung

Ehrenamtlichkeit stärken, Kriminalitätsbekämpfung verschärfen

Mehr als 100 Vertreter von Blaulichtorganisationen folgten der Einladung von NRAbg. Ridi Steibl zum Meinungs- und Gedankenaustausch mit Bundesministerin Dr. Maria Fekter nach Vasoldsberg, Graz-Umgebung. „Die Leistung unserer Blaulichtorganisationen kann nicht hoch genug geschätzt werden!“, lobte Fekter gleich zu Beginn der Veranstaltung die Einsatzorganisationen.

Ehrenamtliche Mitarbeit ermöglichen und finanziell fördern!

Besonderes Anliegen ist Fekter eine verbesserte Unterstützung der Ehrenamtlichkeit. „Wir müssen mehr dafür tun, ehrenamtliches Engagement nicht nur anzuerkennen sondern auch zu ermöglichen. Ich schlage deshalb vor, dass die Lohnkosten von ehrenamtlichen Helfern die sich länger als 3 Tage im Katastropheneinsatz befinden, zu 50% von Seiten der öffentlichen Hand gefördert werden!“ Dieses Modell, das in Oberösterreich, im Rahmen des Katastrophenschutzgesetzes und einer dazu erlassenen Verordnung der Landesregierung, bereits umgesetzt wird, soll Firmen einen Anreiz bieten, Mitarbeiter für Katastropheneinsätze freizustellen. Mit WK-Präsident Leitl ist Fekter bereits in Gesprächen bezüglich des Vorschlages, dieses Modell österreichweit umzusetzen.

Weiters möchte Fekter künftig junge Menschen mit Erfahrungen bei Blaulichtorganisationen bei der Aufnahme in den Polizeidienst bevorzugen. „Wer ehrenamtliches Engagement zeigt, soll auch davon profitieren!“, begründet Fekter ihr Vorhaben.

Härtere Strafen zur Abschreckung

Bei der Kriminalitätsbekämpfung fordert Fekter härtere Strafen vor allem für ausländische Straftäter. „Es ist nicht einzusehen, dass ausländische Diebsbanden auf freiem Fuß angezeigt werden, das Land ohne Probleme verlassen können und sich somit einem Prozess oder einer Bestrafung entziehen. Hier brauchen wir sofortige und drastischere Strafen zur Abschreckung.“ Mit Hilfe sofort verhängter Sicherheitsleistungen in bar sollen Kriminelle abgeschreckt und Opfer entschädigt werden. Kann diese Sicherheitsleistungen nicht vor Ort geleistet werden, so sollen die Tatmittel und Wertgegenstände, wie etwa Fahrzeuge für Beutezüge beschlagnahmt und nach einer kurzen Frist in Geld verwertet werden. Für Fekter ist diese Maßnahme „ein fixer Bestandteil künftiger Koalitionsgespräche!“

05.09.08